

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbr d

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Kanzlerkandidat der SPD, versteht die Aufforderung des Papstes zum Friedensdialog als Ermutigung. Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert die neuen Arbeitslosenzahlen: Vor einem tiefen Winterloch. Seite 3

Hans-Jürgen Wischnewski, SPD-Präsidiumsmitglied, wirft der Union vor, mit vielen, auch gegensätzlichen Stimmen zu sprechen. Seite 5

Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, zur Regierungs-Reaktion auf die Moskauer-Vorschläge und den "Abkopplungs"-Vorwurf. Seite 6

Dr. Jürgen Schmude MdB würdigt Leben und Arbeit des sozialdemokratischen Juristen Martin Hirsch, der 70 Jahre alt wird. Seite 8

38. Jahrgang / 2

4. Januar 1983

Den Frieden erhalten

Die Aufforderung des Papstes zum Dialog ist eine Ermutigung

Von Dr. Hans-Jochen Vogel  
Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In unserer Welt nimmt die Sorge, der nukleare Rüstungswetlauf könne die Menschheit in die endgültige Katastrophe treiben, mehr und mehr zu. Nicht ohne Grund treten unter denen, die ihre Stimmen immer mahrender erheben, die christlichen Kirchen hervor. Gestern waren es die katholischen Bischöfe in der DDR, die sich mit ihrem Appell zum Weltfriedenstag übrigens auch an die Obrigkeit im eigenen Staat wandten; zur selben Stunde erneuerte in Rom Papst Johannes Paul II. seinen eindringlichen Aufruf an Regierungen, Politiker, Diplomaten und alle Völker im nationalen und internationalen "Dialog für den Frieden" alles zu tun, um den gefährlichen Wettlauf der Rüstungen endlich zum Stehen zu bringen, und Wirtschaft, Wissenschaft und Technik aus der Gefahr zu befreien, daß sie sich zu Gehilfen des Krieges degradieren.

Johannes Paul II. hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich an die Erklärung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften erinnert, in der im Herbst 1981 die Konsequenzen einer nuklearen Katastrophe beschworen wurden. Diese Erklärung, die auch bei meinen Gesprächen im Vatikan vor wenigen Wochen eine wesentliche Rolle spielte, war ein ausdrücklich die Grenzen der Bündnisse und Gesellschaftssysteme übergreifender Beitrag der katholischen Kirche zu den Anstrengungen, angesichts der Möglichkeit eines Atomkrieges zunächst zu einem Ende des Rüstungswetlaufs, dann zu einer Reduzierung und später völligen Abschaffung der Kernwaffen durch besondere Abkommen und wirksame Kontrollen zu kommen.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-

Erstausgabe  
aus dem Jahre 1981  
Dr. Helmut G. Schmidt



Unmittelbar vor wichtigen Reisen, die mich innerhalb von sieben Tagen zunächst nach Washington und dann nach Moskau führen werden, und bei denen mein Interesse vor allem den Fragen der Erhaltung des Weltfriedens und konkret einem Stopp des Rüstungswettlaufs in Europa gelten wird, möchte ich die Aufmerksamkeit auf diese Friedensbotschaft des Papstes richten. Ich betrachte seine Aufforderung zu einem echten und ehrlichen Dialog, der eine wesentliche Bedingung für den Frieden ist, als eine Ermutigung für alle verantwortlichen Politiker und Staatsmänner. Denn der Friede, den der Papst mit seiner ganzen Überzeugungskraft "die grundlegende Sehnsucht der Männer und Frauen unserer Zeit" nennt, ist nicht einfach zu bewahren. Es bedarf der zähen Geduld und des offenen Austauschs von Argumenten und Meinungen, um ihn fördern und sichern zu können.

Der "wahre Dialog" setzt die Bereitschaft voraus, sich in die Lage des Gegenüber zu versetzen, nicht um seine Position einfach zu übernehmen oder gar über Bord zu werfen, was man selbst als wahr und gerecht erkannt hat, sondern um den anderen verstehen zu können. Es wäre viel gewonnen, so sagt dieser polnische Papst in aller Offenheit, wenn es gelänge, die "überkommenen künstlichen Klüfte und Gegensätze zwischen den Blöcken" zu überbrücken.

Ich glaube, daß sich in dieser Botschaft Johannes Paul II. die Idee der Sicherheitspartnerschaft ausdrückt, die auch wir Sozialdemokraten im Entwurf unseres Wahlprogramms formuliert haben. Sie verlangt Verhandlungen zwischen den Blöcken, weil keiner mehr allein den Frieden gewährleisten kann. Wirksame Abrüstung ist nur durch Vertragspartnerschaft zu erreichen.

Dabei wissen wir, daß in unserer überrüsteten Welt aktive Friedenspolitik Sicherheit und Entspannung voraussetzt. Wir sagen Ja zum Atlantischen Bündnis, weil die äußere Sicherheit unseres Landes nur an der Seite der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens zu verwirklichen ist. Aber in diesem Bündnis, in dem wir unsere Verpflichtungen vor allem dank der Bundeswehr voll erfüllen, wollen und müssen wir unsere Interessen selbstbewußt und wirksam vertreten.

"Den Frieden zu erhalten, ist der Wunsch und der Wille aller Europäer. Den Frieden zu festigen, daß ist der besondere Wunsch von uns Deutschen. Denn nur in einem besseren Frieden für Europa können wir unsere nationalen Probleme bewältigen". So steht es in unserem Wahlprogramm. Und deshalb werden wir nicht nachlassen, auf unsere Freunde im Westen und auf unsere Gesprächspartner im Osten einzuwirken, damit nicht eine neue Umdrehung der Rüstungsspirale stattfindet, sondern auf östlicher Seite Rüstungen abgebaut werden, um die Stationierung neuer amerikanischer Waffen überflüssig zu machen.

Die Sorgen, aber auch die Erwartungen der Menschen in Europa richten sich in diesem Jahr besonders auf die Genfer Verhandlungen, bei denen in diesen Tagen Ansätze deutlich geworden sind, die vorsichtige Hoffnungen begründen können. Wir deutschen Sozialdemokraten und ich als Kanzlerkandidat werden in der Fortsetzung der Politik Willy Brandts und Helmut Schmidts unseren Beitrag leisten, damit die Hoffnung Wirklichkeit werden kann.  
(-/4.1.1983/ks/rs)

+ + +



Vor einem tiefen, tiefen Winterloch

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktzahlen des Dezember 1982

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Der bundesdeutsche Arbeitsmarkt stolpert schnurstracks in ein tiefes, tiefes Winterloch. Die Dezemberzahlen - 2,223.400 Arbeitslose oder über 185.000 mehr als im Vormonat, neue Arbeitslosenquote 9,1 Prozent - lassen Schlimmstes befürchten. Gezählt worden war in einem relativ milden Winterklima um den 20. Dezember herum. Wenn man nun die Arbeitslosen dazurechnet, die zum 31. Dezember 1982 ihre Papiere bekommen haben und wenn man unterstellt, daß es demnächst auch wieder Kälter werden könnte, dann wird schon in ganz naher Zukunft die Zweieinhalb-Millionen-Grenze überschritten sein.

Düstere Perspektiven allenthalben. Bei den Männern, die mit 1,281 Millionen Arbeitslosen und einer Quote von 8,6 Prozent die zahlenmäßig größte Gruppe stellen ebenso wie bei den Frauen 942.000 Arbeitslose, aber bereit 9,9 Prozent ohne Beschäftigung. Die Jugendlichen-Arbeitslosigkeit ist mit 203.000 oder 9,5 Prozent überdurchschnittlich hoch und die Arbeitslosigkeit der Schwerbehinderten (derzeit 123.400) sowie der über 59jährigen (augenblicklich 92.600) ist im Steigen.

Geradezu wie ein Witz nimmt sich dagegen die Zahl der offenen Stellen aus. 57.800 waren zu Jahresende bei den Arbeitsämtern gemeldet, das heißt: Um jeden freien Arbeitsplatz kämpfen derzeit über 38 Arbeitslose. Nirgendwo ein Silberstreifen am Horizont, daß sich das ändern könnte. Auch die Zahl der Kurzarbeiter stieg weiter dramatisch an. Im Dezember gegenüber dem Vormonat um 81.000 auf 1,114 Millionen, im Vorjahresvergleichszeitraum entspricht dies einer Steigerung um 120,4 Prozent. Das alles sind Alarmsignale, die nicht länger fortgeredet werden dürfen.

Auch ein Vergleich der Beschäftigungssituation in den einzelnen Sparten verheißt nichts Trostreiches. In den Metall- und Elektroberufen wurde der Vorjahresstand um 43 Prozent übertroffen, 366.100 Erwerbslose wurden gezählt. Entlassungswellen in der Investitionsgüterindustrie, in Teilen der Grundstoffindustrie und bei der Produktion technischer Gebrauchsartikel wirkten sich aus.



Das milde Wetter hat in den Bauberufen keinen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen bewirkt. 180.600 wurden gezählt, 28 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Arbeitslosigkeit im Textil- und Bekleidungs-gewerbe hält sich weiterhin auf hohem Niveau. Im Vorjahresvergleich ist mit 61.700 registrierten Erwerbslosen ein Anstieg um 21 Prozent zu beklagen gewesen. Die Zahl der arbeitslosen Ingenieure, Chemiker, Physiker und Mathematiker stieg binnen eines Jahres um 56 Prozent auf nunmehr 23.900 an, die der arbeitslosen Erzieher lag mit 81.800 gar um 41 Prozent höher als im Vorjahr.

In den Gesundheitsberufen (56.400) und bei den Warenaufleuten (165.800) blieb die Beschäftigungslage mit einem Anstieg von 36 beziehungsweise 35 Prozent innerhalb des abgelaufenen Jahres mittelprächtigt schlecht. Bei den Büro- und Verwaltungsberufen und den Dienstleistungsaufleuten wurde mit 267.100 Arbeitslosen eine sich im Gesamtdurchschnitt bewegendende Arbeitslosenkurve festgestellt.

Regional schwankt die Beschäftigungslage beträchtlich. In Baden-Württemberg lag die Arbeitslosenquote im Dezember bei sechs Prozent, in Niedersachsen/Bremen bei 11,4 Prozent. Vier weitere Landesarbeitsamtsbezirke (Schleswig-Holstein/Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Nordbayern und Berlin) haben die 10-Prozent-Marke überschritten. Nur Hessen (7,6 Prozent), Rheinland-Pfalz (9,4 Prozent) und Südbayern (7,6 Prozent) melden neben den Schwaben noch etwas günstigere Werte.

Alles in allem: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist so ernst, daß man hier weder mit einer Unternehmerbeschimpfung, noch mit irgendwelchem Pausengekaspere, noch mit allgemeinem Wehklagen gerecht werden kann. Viele leere Worte schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz, obwohl der derzeitige Arbeitsminister gerade dieses anzunehmen scheint. Wir brauchen ein konzertiertes Vorgehen aller in der Wirtschaft Tätigen gegen die Beschäftigungskrise. Wir brauchen einen Solidarpakt, wie ihn der Kanzlerkandidat der SPD, Dr. Hans-Jochen Vogel, gefordert hat, der sowohl vermehrte Investitionen, als auch strukturverbessernde Maßnahmen als auch Arbeitszeitverkürzungen in breiter Front einschließen. Wir brauchen eine Politik der Perspektiven, soll die ganz große Katastrophe noch vermieden werden. Anbahnen tut sie sich bereits.

(-/4.1.1983/bgy/ru)

+ + +



Welche Meinung hat eigentlich Herr Kohl?  
-----

Die Union spricht mit vielen, auch gegensätzlichen Stimmen

Von Hans-Jürgen Wischniewski

Mitglied des SPD-Präsidiums

Helmut Kohl ist ein Vierteljahr im Amt. In seinen Weihnachts- und Neujahrserklärungen hat er sich selbst ein gutes Zeugnis ausgestellt. Dabei hat er auch die Geschlossenheit der Übergangskoalition gerühmt.

Dieses Selbstlob muß mit dicken Fragezeichen versehen werden. Es steht mit den Tatsachen nicht im Einklang!

Wahr ist vielmehr, daß viele Entscheidungen, die Helmut Kohl persönlich zu verantworten hat, den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit elementar widersprechen. Wahr ist auch, daß bislang keine einzige der von der Übergangsregierung beschlossenen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit wirklich greift. Besonders kühn ist aber die Behauptung, die Übergangskoalition sei geschlossen und einig.

So gibt es zum Abrüstungsvorschlag des sowjetischen Parteichefs Andropow aus den Reihen der Koalition täglich wechselnde Äußerungen. Sie reichen von völliger Ablehnung bis zur positiven Würdigung wesentlicher Elemente des Vorschlags. Welche Meinung hat eigentlich Herr Kohl?

Deutliche Differenzen zeigen sich auch im Verhältnis zum anderen deutschen Staat. Helmut Kohl und Franz Josef Strauß sprechen zwar beide von Kontinuität, aber beide meinen etwas anderes. Was gilt?

Innenpolitisch bezeichnet die Bundesregierung die Bedenken der Sozialdemokraten gegen die Verschlechterung des sozialen Mietrechts als Stimmungsmache. Gleichzeitig verlangen sogar CSU-Abgeordnete und -Oberbürgermeister, daß einzelne Verschlechterungen rückgängig gemacht werden. Und der Berliner CDU-Senat hat sich sogar im Bundesrat geweigert, den Verschlechterungen zuzustimmen. Was gilt nun eigentlich?

Ein weiterer Streit wird in der Union seit längerem darüber ausgetragen, ob man die besser Verdienenden tatsächlich so bevorzugen und begünstigen dürfe, wie es die amtierende Bundesregierung tut. Da schlägt offenbar einzelnen Unionspolitikern das soziale Gewissen. Sie empfehlen deshalb genau das, was die SPD schon lange fordert - nämlich eine Ergänzungsabgabe. Wo steht Herr Kohl in dieser Frage?

Gestritten wird in der Übergangskoalition außerdem über den Familiennachzug von Ausländern, über den Bafög-Kahlschlag und über die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals. Auch dazu gibt es keine klare Stellungnahmen des amtierenden Bundeskanzlers. Vielmehr hat es den Anschein, als ob ihm diese Fragen entweder gar nicht bewußt sind, oder als ob er sie bis über den 6. März verschieben will.

In der Opposition ist Helmut Kohl nicht müde geworden, die Zerstrittenheit der sozial-liberalen Koalition zu kritisieren. Hat er auch da seine eigenen Maßstäbe vergessen? Die Sozialdemokraten werden sich jedenfalls mit Allgemeinplätzen nicht zufrieden geben. Sie werden bis zum 6. März von Herrn Kohl unablässig konkrete Antworten verlangen.

(-/4.1.1983/ks/rs)

+ + +



**Wer Abkoppelung sagt, meint Nachrüstung**

Zur Reaktion der Bundesregierung auf die Andropov-Vorschläge

Von Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Unter den Argumenten, die die Bundesregierung gegen die jüngsten Vorschläge des sowjetischen Generalsekretärs Andropov zur Mittelstreckenraketenproblematik vorbrachte, überwog offenkundig eines: Die angebliche Gefahr der "Abkoppelung" der Bundesrepublik Deutschland von den Vereinigten Staaten von Amerika. Gemeint ist, daß der Bundesrepublik der Abschreckungsschutz der amerikanischen Nuklearwaffen fehlen könnte, da weder Großbritannien noch Frankreich der Bundesrepublik eine nukleare Schutzgarantie gegeben hätten. Hinter den Warnungen vor einer "Abkoppelung" verbirgt sich aber eher ein politisch-strategisches Konzept, daß auf jeden Fall eine Nachrüstung auf westeuropäischem Festland will. Es ist an der Zeit, daß die deutsche Öffentlichkeit deutlicher erkennt, welche Absichten hinter Denjenigen stehen, die ständig von einer solchen "Abkoppelungsgefahr" reden.

Wer für den Fall eine "Abkoppelung" befürchtet, daß nach einem Teilabbau sowjetischer Mittelstreckenraketen bei einer gleichgewichtigen Aufrechnung der britischen und französischen Nuklearpotentiale ein Verzicht auf eine westliche Nachrüstung erfolgt, der unterstellt damit, daß die Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren abgekoppelt und damit schutzlos gewesen sei. Denn in den letzten 20 Jahren gab es zwar sowjetische, britische und französische Nuklearraketen von eurostrategischer Bedeutung, aber keine amerikanischen. Tatsächlich aber war die Bundesrepublik weder schutzlos noch abgekoppelt, da die volle Assignierung der Bundeswehr in die NATO, die Streitkräfte aus sechs NATO-Staaten und das taktische Nuklearpotential der Vereinigten Staaten die Verbindung zum gesamten Abschreckungspotential herstellen. Die Bundesrepublik ist angekoppelt, mehr als jeder andere.

Wenn aber neuerdings Genscher und immer schon Wörner dennoch ständig von "Abkoppelung" reden, dann verbirgt sich hinter diesen Aussagen ein anderes strategisches Konzept und eine andere Einstellung zum NATO-Doppelbeschluß, als ihn die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hatte. Das Konzept Helmut Schmidts zum NATO-Doppelbeschluß war, endlich auch Rüstungskontrollverhandlungen über die europäischen Nuklearpotentiale sicherzustellen und der Gefahr eines eurostrategischen Ungleichgewichts durch die sowjetische



SS 20-Modernisierung entgegenzuwirken. Neben diesem Gleichgewichtskonzept gab es schon immer ein anderes Konzept, vertreten von der CDU/CSU, bei vielen Militärs und insgeheim im Auswärtigen Amt: Das sogenannte Ankoppelungskonzept. Diesem zufolge fehlte in der nuklearen Stufenleiter der Abschreckung eine wesentliche Stufe, nämlich Mittelstreckenraketen in Europa. Diese Lücke müsse gestopft werden. Dieses Konzept hat dann kaum noch etwas damit zu tun, daß es SS 20 gibt. Mit anderen Worten: Selbst wenn es keine sowjetischen Mittelstreckenraketen gäbe, würde es immer noch vertreten werden, weil es sich um eine rein innerwestliche Strategievariante handelt. Deshalb ist es kein Wunder, daß die Vertreter dieses Konzepts der Nachrüstung den eindeutigen Vorrang vor Verhandlungen geben.

Wer also ständig - wie Genscher und Wörner - von der Gefahr der "Abkoppelung" redet,

- dem geht es weniger um das europäische Gleichgewicht, sondern um ein neues strategisches Konzept der NATO in Europa,
- der will eigentlich nachrüsten und ist an einem Verhandlungserfolg nicht interessiert, der den Verzicht auf Nachrüstung möglich macht,
- dem ist ein sowjetisches Entgegenkommen garnicht recht, weil dadurch die Nachrüstung gefährdet werden könnte,
- der wird deshalb immer neue Hindernisse und Beweggründe suchen, warum neue Kompromißvorschläge nicht akzeptabel seien.

Es wäre besser, wenn die Vertreter dieser Konzeption ihre tatsächlichen Beweggründe offenlegen würden, damit man sich damit direkt auseinandersetzen kann. Die gegenwärtige Situation gleicht mehr einem innenpolitischen Schattenboxen. Die Vertreter einer Nachrüstung verstecken ihre wahren Auffassungen ständig hinter vermeintlich inakzeptablen Verhandlungspositionen anderer. Dies ist eine dauernde Täuschung der Öffentlichkeit, zu der sie sich deshalb gezwungen sehen, weil die Mehrheit der Bürger weniger und nicht mehr Atomwaffen haben will.

(-/4.1.1983/ks/rs)

+ + +



**Liberal und tolerant, aber ungeduldig gegenüber dem Unrecht**

Zum 70. Geburtstag des sozialdemokratischen Rechtspolitikers und

Bundesverfassungsrichters i.R. Martin Hirsch

Von Dr. Jürgen Schmude

Mitglied des Deutschen Bundestages

Er könnte einer jener erhabenen Weisen geworden sein, deren würdiges Gehabe nicht zuläßt, daß man Alltagsprobleme in ihrer Gegenwart auch nur erwähnt. Reichhaltige Erfahrungen in allen juristischen Tätigkeiten, verantwortungsvolle Positionen auf verschiedenen parlamentarischen Ebenen hat er genügend aufzuweisen und ein Jahrzehnt in einem unserer höchsten Richterämter dazu. Aber Martin Hirsch, der am Donnerstag 70 Jahre alt wird, hat keinen der Vorzüge abgelehnt, die seine Arbeit geprägt und ihm sein Leben lang Wertschätzung und Vertrauen erworben haben: Seine Offenheit und Toleranz nicht, seinen wachsamem Gerechtigkeitssinn, nicht seine Ungeduld gegenüber dem Unrecht und auch nicht seine Bereitschaft zum Risiko des kritischen Engagements.

Politiker, vor allem Rechtspolitiker, können viel von Martin Hirsch lernen. Als Bundestagsneuling hatte ich ihn zum Vorsitzenden des Fraktionsarbeitskreises Rechtswesen. Die Geduld, mit der er unterschiedliche Gesichtspunkte in aller Ausführlichkeit zur Geltung kommen ließ, die Liberalität, mit der er wachsam jeder Verengung und Kleinkariertheit widerstand, die Zielstrebigkeit, mit der er die Rechtsreformen der 70er Jahre voranbrachte: in alledem zeigte sich mehr als Meisterschaft. Er läßt sich ersichtlich von der festen Überzeugung leiten, daß die Lebensverhältnisse sich mit Energie und Ausdauer gerechter und besser gestalten lassen. Dem entspricht sein Umgang mit Andersdenkenden, seine Bereitschaft, sie zu respektieren und auch bei politischen Gegnern stets wenigstens den Versuch der Verständigung zu machen. Persönliche Feindschaft wegen politischer oder anderer sachlicher Meinungsunterschiede ist ihm fremd. Ihm selbst ist dafür die Sympathie seiner Kollegen und anderer Gesprächspartner immer sicher gewesen.

Meinungsverschiedenheiten werden dadurch nicht verwischt. Wenn es ihm wichtig genug ist, scheut Martin Hirsch auch den Alleingang nicht. 22 abweichende Voten zu Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts geben davon Zeugnis. Und seine Ungeduld gegenüber dem Unrecht läßt sich durch Übungen und Konventionen nicht unterdrücken. Das Unrecht der Nürnberger Massenverhaftung nannte er klar beim Namen. Daß er damit mehr als Stirnrunzeln erlebte, daß er sich auch Anrempelien zuzog, hat er in Kauf genommen. Ebenso wenig war er bereit, sich damit abzufinden, daß auf Dauer kein Mitwirkender eines nationalsozialistischen Unrechtsurteils strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wird. Auch wenn Martin Hirsch für das Rechtsproblem nicht gleich eine Lösung mitliefern konnte, bleibt dieser Tatbestand mehr als ärgerlich und eine Belastung des Rechtsbewußtsein. Wer da nur auf den Kritiker einschlägt, macht es sich zu leicht.

Martin Hirsch ist nicht die leichteren Wege gegangen. Er hat darauf verzichtet, "unumstritten" zu sein. Dafür hat er wertvolles gewonnen: Das Vertrauen seiner kritischen Mitbürger, besonders der Jugend, die im Amtsträger nicht das gut funktionierende Zubehör eines hohen Staatsorgans, sondern den nach einer achtbaren Wertüberzeugung handelnden Menschen erkennen möchten. Von den anderen, denen das Unrecht keinen einzigen Schrei wert ist, weil er unziemlich wirken und stören könnte, gibt es genug. Ob sie ihren Institutionen über das formale Ansehen hinaus auch vertrauen können, ist sehr fraglich.

In der sozialdemokratischen Rechtspolitik, der sich Martin Hirsch bei seinem Ausscheiden aus dem Richteramt wieder zugewandt hat, dürfen wir weiterhin wertvolle Anregungen und tatkräftige Hilfe von ihm erwarten. Die Freude an dieser Arbeit und die notwendige Gesundheit dazu seien ihm ausdrücklich gewünscht.

(-/4.1.1983/ks/rs)

+ + +

